

die Wirksamkeit des Privatsektors unterminiert und zu den hohen Geschäftskosten erheblich beigetragen.«

Kein Anlaß zu Optimismus

Man hat den Eindruck, daß die Weltbank hier den tieferen Ursachen der afrikanischen Krise erstmalig relativ umfassend, unter Einbeziehung auch der politisch-moralischen Dimension, auf die Spur gekommen ist. Viele ihrer Argumente sind überzeugend, ihre Kritik an den verschwenderischen Staatsklassen ist berechtigt. Auch zahlreiche Einzelmaßnahmen, die als notwendige Reformschritte empfohlen werden, haben Hand und Fuß, so die Förderung des afrikanischen Unternehmertums: »Klein- und Kleinstunternehmen« werden »als Nährboden für Unternehmertum und Arbeitsbeschaffung« (durch Regularisierung des Rechtsstatus der Unternehmen, durch Erweiterung der Kreditmöglichkeiten und durch Stimulierung lokaler Märkte) beschrieben.

Insgesamt wird eine »Strategie zur Erzielung bestandsfähigen und gerechten Wachstums« angepeilt, die all das realisieren soll, was bisher nicht geschafft oder (aus politischen Gründen) nicht gewollt wurde. Wieder einmal soll den ärmeren Bevölkerungsschichten der Zugang zu Produktionsmitteln erleichtert werden: »Der Staat wäre dann nicht mehr selbst Unternehmer, sondern Förderer privater Produzenten. Der informelle Sektor würde zum Sprungbrett für Unternehmer und gälte nicht als Brutstätte für Gauner.«

Zur Realisierung dieser Strategie sollen auch die Leistungen der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) gesteigert werden, von 5 Mrd US-Dollar (im Durchschnitt der Jahre 1981–1985) auf 12 Mrd im Jahre 1990 und auf 19 Mrd im Jahr 2000 (ODA-Netto-transfer). Wer – bei zunehmender Absorption der OECD-Staaten durch Osteuropa – diese zusätzlichen Mittel transferieren soll, steht allerdings in den Sternen.

Dieser Report ist wohl das informativste Dokument über die gegenwärtige Misere Afrikas. Er ist auch der ehrlichste und in gewisser Weise radikalste – auf Reformen drängende – Erfahrungsbericht, den die Weltbank je publizieren ließ (kein Wunder, daß dieser Report bei einigen afrikanischen Staaten auf geringe Begeisterung gestoßen ist). Zweifel bleiben zum einen in bezug auf die Realisierbarkeit der proklamierten Ziele – manchmal wird wider besseres Wissen Entwicklungsoptimismus suggeriert. Zum anderen läßt gerade auch dieser Bericht wieder neue Zweifel an einer Entwicklungsstrategie entstehen, die Afrika unter allen Umständen zu einem integrierten konkurrenzfähigen Mitglied einer Weltwirtschaft machen möchte, deren rascher wissenschaftlich-technischer Fortschritt das afrikanische Armenhaus doch immer mehr hinter sich läßt. Sollte nicht für eine Übergangszeit primär das Überleben möglichst vieler organisiert werden, statt ökonomische Konkurrenzfähigkeit?

Vielleicht verbirgt sich hinter dem oftmals mit westlichen Vorstellungen und Weishei-

ten so gar nicht in Einklang zu bringenden Verhalten afrikanischer Politiker das gar nicht so unrealistische Bewußtsein, in diesem internationalen Wettbewerb um Marktanteile und Renditen doch nicht gewinnen zu können.

Rainer Tetzlaff □

Entkolonisierung und Treuhandfragen

Westsahara: Direktgespräche Hassan II./ POLISARIO – Dialog ohne Fortsetzung – Ende der Waffenruhe – Berufung einer Technischen Kommission (3)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 5/1988 S.167f. fort.)

Für die Lösungsbemühungen im Westsaharakonflikt war 1989 ein Jahr enttäuschter Hoffnungen und unerfüllter Erwartungen. Zu Jahresbeginn, am 4./5. Januar 1989, kam es zwar zu einem als politischer und psychologischer Durchbruch gewerteten ersten Treffen zwischen König Hassan II. von Marokko mit drei Vertretern der »Volksfront für die Befreiung von Saguia el-Hamra und Río de Oro« (Frente POLISARIO). Substantielle Ergebnisse konnten von diesem ersten Direktkontakt nicht erwartet werden. Aber im weiteren Verlauf des Jahres verweigerte sich die marokkanische Seite einer Fortsetzung dieses Dialogs. Am 7. und 11. Oktober 1989 wurde eine mehrmonatige Waffenruhe an der Westsahara-»Mauerfront« überraschend durch lokale, für beide Seiten verlustreiche Angriffe der POLISARIO beendet. Den Angreifern war es gelungen, den befestigten Schutzwall der Marokkaner bei Guelta Zemmour und Hausa vorübergehend zu durchbrechen. Trotz aller Bemühungen des UN-Generalsekretärs fiel damit der Konflikt zum Jahresende 1989 in den Zustand des langjährigen, militärisch ausweglosen, politisch hinhaltenden Verwirrspiels zurück.

I. Dazwischen lagen zahlreiche Initiativen der UN und der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU), um den Friedensprozeß, der mit der Annahme des Friedensplans des UN-Generalsekretärs am 30. August 1988 eingeleitet zu sein schien, voranzubringen. Vom 10. bis 22. Januar 1989 besuchte der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für die Westsaharfrage, Héctor Gros Espiell, führende Vertreter im Hauptquartier der POLISARIO und nahm Kontakt mit den Regierungen von Marokko, Algerien und Mauretanien sowie dem amtierenden OAU-Vorsitzenden Moussa Traoré, Staatspräsident Malis, auf, um die Möglichkeiten der Referendumslösung zu erkunden. Dem gleichen Zweck diente auf der gleichen Route die Reise des UN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar vom 18. bis 24. Juni. Als zusätzliches Hilfsorgan des UN-Generalsekretärs berief Pérez am 30. Juni eine Technische Kommission, die sich aus hohen UN-Bediensteten und einem Vertreter des OAU-Vorsitzenden zusammensetzt. Sie soll zusammen mit dem Sonderbeauftragten Gros Espiell praktische Wege zu

der im Prinzip in Genf vereinbarten Konfliktlösung erarbeiten.

Über diese Aktivitäten legte der UN-Generalsekretär der 44. UN-Generalversammlung am 12. Oktober 1989 einen Bericht (UN Doc. A/44/634 mit Corr.1) vor, in dem er in Übereinstimmung mit dem OAU-Vorsitzenden als Ziel seiner Bemühungen nochmals die Referendumslösung »ohne administrative oder militärische Zwänge« als Ausdruck der Selbstbestimmung durch die Bevölkerung der Westsahara bezeichnete. In der einmütig verabschiedeten Resolution 44/88 der Generalversammlung wurde am 11. Dezember 1989 dieses Ziel ebenfalls unterstrichen und – entgegen der marokkanischen Auffassung – die Weltorganisation nicht nur als Beobachter oder Schirmherr einer Abstimmung, sondern als (im Zusammenwirken mit der OAU) für die Organisation und Durchführung verantwortlich bezeichnet.

II. Der Zielrichtung und Empfehlung der Vereinten Nationen, durch Fortsetzung des direkten Dialogs der Konfliktpartner den Weg für ein Referendum freizumachen, hatte auch eine Resolution der Gipfelkonferenz der Blockfreien im September in Belgrad und die Entschließung des Straßburger Europäischen Parlaments zur politischen Lage in der Westsahara vom 14. März entsprochen. In der Straßburger Entschließung wurde auch auf einen für die gesamte Region des Maghreb wichtigen Zusammenhang hingewiesen: Mit der friedlichen Lösung des Westsaharakonflikts müsse die Zusammenarbeit innerhalb der am 16. Februar 1989 gegründeten »Union des arabischen Maghreb« konsolidiert und ausgebaut werden, um auch die sonstigen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Region kohärent lösen und »zu einem stabilen und bevorzugten Gesprächspartner der Europäischen Gemeinschaft werden zu können«.

Diese Chancen wären verbaut, wenn die im Vorjahr normalisierten Beziehungen zwischen Rabat und Algier durch die Stagnation der Friedensbemühungen im Westsaharakonflikt neuen Belastungen ausgesetzt würden. Algeriens Staatspräsident Chadli Benjedid ist bereit, der politischen und wirtschaftlichen Integration des Maghreb Vorrang einzuräumen. Er gab jedoch in einem Interview mit einer saudiarabischen Zeitung am 2. Oktober zu verstehen, daß Algerien nicht dulden könne, »daß unter dem Deckmantel der maghrebischen Einigung Marokko das regionale Gleichgewicht zu seinen Gunsten verschiebt«.

Zusätzlichen Anlaß für solcherlei Vorwürfe hatte der im April 1989 ausgebrochene Grenzkonflikt zwischen Mauretanien und Senegal gegeben, den Marokko nach algerischer Auffassung zur Destabilisierung Mauretaniens genutzt haben soll. Diese neue Welle des Mißtrauens zwischen Marokko und Algerien bedeutet einen Rückschlag auf dem durch die Bildung der Maghreb-Union eingeschlagenen Weg der Einigung und für den vom UN-Generalsekretär unternommenen Versuch einer baldigen Lösung des Westsaharakonflikts.

Joachim Tzschaschel □